Jahrbuch Naturschutz in Hessen 5: 286–289 Zierenberg 2000

Sandra Pawliczak

Lokale Agenda 21 in Offenbach am Main

In diesem Beitrag geht es darum, den Agenda-Prozess in der Stadt Offenbach als Beispiel für den Aufbau und Verlauf einer Lokalen Agenda 21 (LA 21) in einer hessischen Großstadt zu beschreiben und zu problematisieren. Damit sollen auch Anregungen für die Agenda-Arbeit in anderen Kommunen gegeben werden.

1 Entstehung und Aufbau der LA 21 in Offenbach

Wie in vielen anderen Kommunen liegt der LA 21 in Offenbach ein Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom Juli 1997 zu Grunde. In diesem wird der Magistrat beauftragt „baldmöglichst eine Lokale Agenda 21 vorzulegen".

Obwohl die Verabschiedung der Umweltkonferenz in Rio de Janeiro schon fünf Jahre zurücklag, befand sich Offenbach damit noch in der ersten Hälfte, der sich zur Agenda bereit erklärenden Kommunen (vgl. BURMESTER 1997).

Ein nicht unwichtiger Faktor, den Prozess zu beginnen, war die Möglichkeit, sich am 'Förderprogramm zur Erstellung einer Lokalen Agenda 21 in hessischen Städten und Gemeinden' der Landesregierung beteiligen zu können. Offenbach wurde vom Rationalisierungskuratorium der Deutschen Wirtschaft (RKW), das die Gelder im Auftrage des Landes verwaltet, ein Zuschuss von 100.000,- DM gewährt. Damit verbunden ist eine Betreuung durch das Kuratorium und der Austausch mit anderen geförderten Gemeinden. Als Gegenleistung muss sich die Stadt verpflichten die Agenda-Arbeit zu fördern und innerhalb eines mit dem RKW vereinbarten Zeitraums (meist zwei Jahre) Leitlinien und Maßnahmen zu entwickeln. Diese müssen nach Ende des Zeitraums innerhalb von sechs Monaten von der Stadtverordnetenversammlung verabschiedet werden. Ansonsten tritt eine Rückzahlungspflicht ein.

Mit dem Betrag der Anschubfinanzierung konnte ein externes Beratungs- und Planungsbüro für die Prozessbegleitung beauftragt und die (spätere) Einrichtung eines Agenda-Büros nach dem Vorbild anderer deutscher Städte ermöglicht werden (STADT OFFENBACH 2000).

Offenbach wählte hier ein Modell, dass sich der Idee eines Agenda-Büros als Stabsfunktion bei der Verwaltungsspitze (vgl. BMU 1998), also als ressortübergreifende Einrichtung annähert. Hierbei wurde zwar das Büro nicht direkt bei der Spitze (Bürgermeister), aber immerhin bei der Dezernentin für mehrere Verwaltungsbereiche (Umwelt, Soziales, Jugend, Sport) angesiedelt.

Die Auftaktveranstaltung im Februar 1998 war dann der Beginn der inhaltlichen Arbeit. Es ging an diesem Tag vor allem darum, Informationen über die LA 21 zu geben, sowie Interesse an einer Mitarbeit unter den Bürgern zu wecken. Mit Referaten und Präsentationen von Schulen und Organisationen verlief die Veranstaltung mit 150 Teilnehmern erfolgreich. Bemerkenswert ist, dass mit der Einladung ein von der Offenbacher Hochschule für Gestaltung entworfener Fragebogen verschickt wurde, mit dem Interesse an und Informationswünsche über die LA 21 erfragt wurden. Dies hat sicher auch zum Erfolg der Auftraktveranstaltung beigetragen.

Zwei Monate später fand erneut eine größere Veranstaltung (= Plenum) statt, die die Gründung und Themenfindung der Arbeitsgruppen zum Inhalt hatte. Daraus entstanden die Gruppen 'Stadtentwicklung', 'Verkehr', 'Umwelt' und 'Soziales' (STADT OFFENBACH 2000).

Die sofortige thematische Trennung der Bereiche wurde oft kritisiert. Der ganzheitliche Gedanke der Agenda sei damit übergangen worden. Offenbach versuchte diesen Spagat mit der Einrichtung eines Plenums aller AG's und Ernennung von 'Kontaktpersonen' zu den jeweils anderen Gruppen zu überbrücken. Andererseits muss man die Kritiker auch zurückfragen, wie man sonst eine nach thematischen Schwerpunkten orientierte Arbeit hätte organisieren können.

Die Vorgabe der vier AG's, aus denen wegen inhaltlicher Überschneidungen bald drei wurden, ist vermutlich einer der wenigen Punkte, die die Akteure nicht vollständig selbst gestaltet haben.

Obwohl Offenbach keine so genannte Verwaltungsagenda verfolgt - also eine von der Verwaltung durchgeführte LA 21 -, sondern eher einen an Bürgerbeteiligung orientierten Prozess, war der Bezug zu Ämtern und Dezernaten stets gegeben. In einer der ersten Veranstaltungen wurde das Rathaus mit Ämtern und Ansprechpartner/innen vorgestellt. Teilweise nehmen auch Vertreter der Verwaltung an einigen Sitzungen der AG's und am Plenum teil (STADT OFFENBACH 2000).

Mit einigen Ämtern wird direkt ein enger Kontakt aufrechterhalten (z.B. Bau- und Planungsamt, Umweltamt). Dies wirkt sich positiv bei der Durchführung von Projekten und der Klärung von Problemen aus. Als Beispiel kann die Information über Vorgaben des Bebauungs-

plans und reellen Umsetzungsplänen der Stadt genannt werden.

Hilfreich für die Arbeit war nicht zuletzt die Einrichtung des Agenda-Büros, die im Dezember 1998 durch die Einstellung einer ABM-Kraft erfolgte. Planung und Organisation des LA 21-Prozesses liefen von nun an über diese Schnittstelle. Davor war das Umweltamt für diese Aufgaben zuständig, doch durch ein eigenes Büro im Rathaus konnte sich der Prozess zunehmend besser etablieren. Allerdings erschwerte der Einsatz einer ohnehin befristeten ABM-Kraft manchmal die Kommunikation mit der restlichen Verwaltung, da diese sich erst mit den organisatorischen und personellen Strukturen im Rathaus vertraut machen musste. Sie wurde dabei zunächst als 'Externe' betrachtet, was ihr den Einstieg manchmal erschwerte. Nach Ablauf der ABM-Stelle wurde eine neue personelle Lösung gefunden: zwei Rathausmitarbeiterinnen, die ursprünglich dem Sozialamt zugeordnet sind, arbeiten jetzt für die Agenda. Hier scheinen die Kommunikationswege besser zu verlaufen, allerdings war auf den anderen Seite mit der ABM-Kraft eine größere Unabhängigkeit gegeben.

2 Struktureller Aufbau des Prozesses und Arbeit in den Gruppen

Die Zusammenkunft und der Austausch aller Akteure wird, wie erwähnt, über das **Plenum** organisiert. In diesem werden grundsätzliche Entscheidungen und Ergebnisse der AG's besprochen. Zu den Aufgaben gehört z.B. die Verabschiedung der Leitbildentwürfe im Konsens aller Akteure und deren Weitergabe an die Koordinierungsgruppe. Das Plenum bildet sozusagen den Grundstein des Offenbacher LA 21-Prozesses und das Zentrum für die interne Kommunikation.

Anders aufgebaut ist die **Koordinierungsgruppe**. Sie entstand als Ergebnis der Eigendynamik des Offenbacher Prozesses. Als Schnittstelle zwischen Akteuren, Stadtverordneten, Parteien und Verwaltung soll sie die vom Plenum verabschiedeten Leitbildentwürfe für die Abstimmung in Stadtparlament vorbereiten. Ihr gehören je zwei Vertreter der AG's, je ein Vertreter der Parteien in der Stadtverordnetenversammlung und ein Vertreter des Magistrats an. Hier sollen noch außerhalb der Problematik politischer Prozesse in der Stadtverordnetenversammlung Unklarheiten beseitigt und Konflikte im Konsens gelöst werden. Davon erhofft man sich eine parteiübergreifende Durchsetzung der gefundenen Agenda-Ziele. Die Koordinierungsgruppe kam noch nicht zusammen, da ihr noch keine Leitbildentwürfe vorlagen. Die erste Sitzung wird noch Ende 2000 stattfinden.

Nach thematischen Schwerpunkten sind die **Arbeitsgruppen** gegliedert. In die Gruppe 'Stadtentwicklung und Verkehr' fließen dabei alle Fragestellungen der 'Drei Säulen' ein. Diese 'Drei Säulen' (Ökologie, Ökonomie, Soziales) sind die wesentliche Grundlage der LA 21. Es wird davon ausgegangen, dass sich eine nachhaltige Entwicklung in der Kommune nur verwirklichen lässt, wenn ökologische, wirtschaftliche und soziale Belange dabei zusammenhängend berücksichtigt werden. (BMU 1998)

Die Gruppen 'Umwelt' und 'Soziales' beschäftigen sich hingegen mit jeweils nur einer 'Agenda-Säule'. Der Bereich 'Ökonomie' ist allerdings nicht einzeln vertreten. Bisher ist es leider nicht gelungen die lokale Wirtschaft in den Diskussionsprozess zu integrieren. Immerhin war der örtliche Einzelhandelsverband in der Anfangszeit vertreten. Weitere Institutionen wie Gewerkschaften, Arbeitgeberverbände, lokale Wirtschaftsinitiativen u.ä. konnten leider für eine dauerhafte Mitarbeit noch nicht gewonnen werden. Dies verhält sich anders mit gesellschaftlichen Gruppen wie soziale Initiativen, Vertretungen ausländischer Mitbürger, Umweltgruppen oder der bereits als Sponsor aufgetretenen Freimaurerloge. Diese zeigten themenbezogen ein größeres Interesse am Agenda-Prozess.

Die **Projektgruppen** entstanden aus den Ideen in den Arbeitsgruppen, die Akteure ordneten sich entweder selbst zu oder brachten ihre Projektidee ein. Einige Vorhaben zur konkreten Umsetzung der Agendaziele wurden mit Hilfe der Moderation 'gewählt', andere für später zurückgestellt. Leider sind personelle Probleme ein echtes Hindernis in der Projektarbeit. Finanziell wird bei einigen auf ein Sponsorenkonzept gebaut, da die zur Verfügung stehenden städtischen Mittel nicht ausreichen.

Folgende Projekte werden zurzeit bearbeitet: 'Sozialtisch', 'Aktion 1 DM', 'Energiesparen in KiTas', 'Öko-Check im Sportverein', 'Steuobstwiese', ' Projekt Martin-Luther-Park', 'Bäume für Offenbach'. Auf diese soll später näher eingegangen werden.

Um den Bekanntheitsgrad zu erhöhen, Mitarbeiter zu gewinnen und nach außen zu wirken, wurde die Gruppe **Öffentlichkeitsarbeit** gegründet. Auch sie ist das Ergebnis der Prozessdynamik. Von den Akteuren wurde erkannt, dass ohne ausreichende Öffentlichkeitsarbeit keine neuen Mitstreiter und Sponsoren gewonnen werden können. Außerdem ist es bei einer entsprechenden Öffentlichkeitsarbeit wesentlich einfacher Projekte zu verwirklichen, da hier auch ein öffentlicher Druck auf die Stadt entsteht. Die Arbeits- und Projektgruppen konnten das allein nicht leisten. Außerdem war es notwendig, sich von dem formalistischen Ablauf der städtischen Pressearbeit zu lösen (oft viele Mitentscheider, lange Abläufe, Vorrang der Interessen der Stadt, 'Zensur'). Die AG Öffentlichkeitsarbeit ist keine eigentliche Projektgruppe, untersteht den Entscheidungen des Plenums und kann unabhängig vom Presseamt des Rathauses agieren. Neben den ständigen Mitarbeitern nehmen hier oft auch weitere Bürger themenbezogen teil.

Eine **Leitbildgruppe** bildete sich, um konzentriert die Leitbildentwürfe unabhängig von den Arbeitsgruppen-Treffen überarbeiten zu können. Die Rückkopplung findet jedoch stets über die AG's und das Plenum statt. Dies war notwendig, da sich die konzentrierte theoretische Arbeit an den Leitbildern in den AG's als sehr schwierig erwiesen hat und viele Mitglieder der AG's eher an Projekten interessiert sind. Die Gruppe hat

bereits die ersten Leitbilder (Verkehr, Konsum, Integration) bearbeitet und diese an das Plenum weitergeleitet.

3 Der Prozess und die Ergebnisse - eine Bewertung des LA 21-Prozesses in Offenbach

Neben dem Ergebnis, dass überhaupt über die Themen, die der LA 21 zugrunde liegen, gesprochen und nachgedacht wird, sind es vor allem die Projekte, die sichtbar machen, dass sich etwas für eine nachhaltige Entwicklung bewegt. Es bleibt zu hoffen, dass dadurch in der Stadt eine längerfristige Motivation zur Aufstellung weiterer zukunftsfähiger Maßnahmenprogramme entsteht. (KUHN 1998) Hier ist es bereits zur Verwirklichung erster Projekte gekommen, auch wenn sich die Verwirklichung oft länger und schwieriger gestaltet als gedacht.

So wurde für das Projekt 'Bäume für Offenbach' im März 2000 ein erster Baum in der Innenstadt gepflanzt, weitere sollen folgen. Bei diesem Projekt geht es darum, Plätze in der Stadt ausfindig zu machen, an denen eine Baumpflanzung sinnvoll und möglich wäre. Hierbei handelt es sich entweder um Orte, die bereits vor vielen Jahren bepflanzt waren oder solche, wo eine Neupflanzung die Lebensqualität deutlich steigert. Für die gefundenen Plätze versucht das Projekt dann auch eine tatsächliche Baumpflanzung zu verwirklichen. Ermöglicht wird die Umsetzung dieses und anderer Projekte durch ein Sponsorenkonzept und die enge Zusammenarbeit mit der Verwaltung.

Die Offenbacher Akteure der LA 21 sind sehr bemüht, Sponsoren zu finden und ein längerfristiges Sponsorenkonzept zu erstellen. Es ist gelungen bei ortsansässigen Firmen Interesse zu wecken. Als Gegenleistung werden zur Imagepflege für den Spender Presseveröffentlichungen und Tafeln am Ort der Projekte organisiert. Das Erscheinungsbild der Tafeln, auf denen die Spender und das Agenda-Logo eingraviert sind, wird einheitlich gestaltet. Dadurch sind die Projektaktionen im Stadtbild sichtbar und man ordnet sie dem LA 21-Prozess zu.

Interessant ist, dass ein Zusammenschluss von drei weiteren Einzelprojekten stattgefunden hat. Auch hier geht es wieder um die Innenstadt. Eine ungestaltete Zone am Rande des städtischen Martin-Luther-Parks soll nicht nur Aufenthaltsqualität durch Neugestaltung und zusätzliche Bäume erhalten, sondern auch bespielbar sein. Es gibt in der Innenstadt nur eingeschränkte Möglichkeiten und geeignete Spielorte, besonders für größere Kinder. Der Mangel und schlechte Zustand von Spielplätzen wird immer wieder bei verschiedenen Gelegenheiten in der Stadt thematisiert. Des Weiteren soll ein Weiher, der im Park liegt, einen ökologischen Filter erhalten. Bisher wurde er jährlich mehrmals sehr aufwendig gereinigt und wieder mit Trinkwasser gefüllt. Auch hier sollen Sponsoren das AG-übergreifende Projekt finanziell unterstützen. Bisher wurde mit der Verwaltung das Problem des Bebauungsplanes geklärt und eine Projektbroschüre für mögliche Sponsoren erstellt. Mit diesen wird zurzeit über eine Umsetzung verhandelt.

Das erste Thema des 'Sozialtisches' war ein Teilerfolg. In diesem Forum sollen soziale Probleme in der Stadt politik- und akteursübergreifend thematisiert und gelöst werden. Bei dem ersten Thema ging es darum, Bewohnern einer Hüttensiedlung eine Unterkunft zu bieten, da ihr Gelände - zwischen Frankfurt und Offenbach gelegen - im großen Stil als städtebauliches Entwicklungsgebiet mit Büro- und Geschäftshäusern bebaut wird. Durch Vermittlung ist es gelungen, einen Konflikt zu vermeiden und eine Zwangsräumung zu verhindern. Die Siedler konnten teilweise in Wohnungen untergebracht werden. Das Ziel der Projektgruppe, den Lebensraum zu erhalten und eine echte Alternative in Form eines dauerhaft bewohnbaren Grundstückes zu bieten, hat sich leider nicht verwirklichen lassen.

Die Projekte 'Aktion 1 DM', 'Energiesparen in Kitas', 'Öko-Check im Sportverein' werden auf Anregung der Projektgruppen von der Stadtverwaltung selbst durchgeführt. Bei der 'Aktion 1 DM' sollen Verwaltungsangestellte der Stadt sich freiwillig verpflichten, monatlich eine Mark in einen Solidaritätsfonds für Offenbachs Partnerstadt Rivas in Nicaragua einzuzahlen. Das Geld wird vom Freundschaftsverein für nachhaltige Entwicklungsprojekte verwendet. Es konnten bereits einige Teilnehmer gefunden werden. 'Öko-Check im Sportverein' ist ein Programm des Landessportbundes. Die Stadt tritt aktiv an die Vereine heran und informiert sie über das Programm und fordert zur Teilnahme auf. Das Projekt 'Energiesparen in Kitas' wird von der Stadt in ihren eigenen Kitas durchgeführt und private Kitas zur Teilnahme aufgefordert. Hier sollen die Kitas Energiesparmöglichkeiten untersuchen und umsetzen. Die Kinder sollen daran beteiligt und somit pädagogisch an Fragen der Nachhaltigkeit herangeführt werden.

Auf Schwierigkeiten stößt das Projekt 'Streuobstwiese'. Im Stadtgebiet soll die Anpflanzung einer in der Region früher typischen und ökologisch wertvollen Streuobstwiese stattfinden und anschließend von Schulen betreut werden (z.B. regionale Vermarktung der Äpfel). Ziel der Beteiligung der Schulen ist die pädagogische Vermittlung des Agenda-Gedankens unter Jugendlichen. Als größtes Problem erweist sich die Grundstücksfrage. Es ist schwer in einer dicht besiedelten, wirtschaftsstarken Region (Rhein-Main) freie Flächen zu finden, die nicht wirtschaftlichen Interessen (Gewerbe, Wohnen) untergeordnet sind. Die wenigen geeigneten Flächen sind entweder zu teuer oder bereits als eigener Naturraum ausgestaltet.

Neben den Projekten, die ja hauptsächlich demonstrieren sollen, wie eine 'zukunftsfähige' Kommune aussehen kann, gibt es eine Reihe von „unsichtbaren" Erfolgen, die in Offenbach zu spüren sind. Die Öffnung der Verwaltung für neue Beteiligungsformen und externe Akteure findet nach und nach statt. Zur bestehenden Bürgerbeteiligung, etwa bei der Planfeststellung, ist etwas ganz Neues hinzugekommen. Ämter und Verwaltung können sich eine eigene positive Öffentlichkeit schaffen, in dem sie mit in den Prozess der Lokalen

Agenda eintreten. (KUHN) Außerdem kann die Verwaltung brachliegende Projekte mit neuem Leben füllen.

Ein sehr wichtiger Effekt ist die Vernetzung unterschiedlicher Einzelpersonen, Akteure und Interessenvertreter in der Stadt über ihr ursprüngliches Themengebiet hinaus und ihre Partizipation an der Entwicklung der Kommune. Dies ist generell ein wesentliches Charakteristikum des LA 21-Prozesses in Deutschland. (BMU 1999)

Wie schon BURMESTER (1997) feststellte, sieht sich der LA 21-Prozess vielen Hemmnissen und Problemen gegenüber. So auch in Offenbach. Doch werden diese einmal überwunden, entwickelt sich ein ganz neues Selbstbewusstsein der Akteure. Man hat es geschafft, selbst etwas für seine Stadt getan zu haben. Allerdings erscheint die Lösung von Problemen oft als unerreichbar und Hemmnisse bleiben bestehen. Es besteht die Gefahr, dass der Frust die vielen positiven Seiten des Unternehmens zerfrisst. Doch die 'Redekultur', wie sie sich in Offenbach gebildet hat, kann dem bisher entgegenwirken. Unabhängig davon wird der Lerneffekt von den Mitwirkenden als sehr positiv empfunden.

Andere Schwierigkeiten wie zum Beispiel die angespannte finanzielle Situation der Stadt oder die mangelnde Identifikation der Kommunalpolitik mit dem Prozess (BURMESTER 1997) bestehen ebenfalls im Offenbacher Prozess. Nicht einfach gestaltet sich die Tatsache einer anscheinend desinteressierten und unaufgeklärten Bevölkerung und damit generell fehlender Arbeitskapazitäten für die Agenda-Arbeit (zu wenig Akteure bzw. viele Akteure sind z.T. schon in anderen Bereichen sehr engagiert). (RHEINGANS 1997) Gerade aus diesen Gründen ist eine intensive Öffentlichkeitsarbeit und eine Werbung mit den Projekten sehr wichtig.

Als Problem erweist sich hier besonders der „offene Auftrag" der Agenda: keine bekannten Vorgehensweisen, komplexe Zielbündel, unterschiedliche und teilweise gegensätzliche Ansprüche müssen miteinander vereinbart werden. (RHEINGANS 1998)

Positiv ist die flexible Dynamik des Prozesses, bei der neue Bausteine wie z.B. die Koordinierungsgruppe immer wieder ergänzt werden.

Insgesamt erweist sich am Offenbacher Agenda-Prozess, dass die LA 21 zwar nicht unbedingt die Hoffnung einer kurzfristigen Verwirklichung einer nachhaltigen kommunalen Entwicklung erfüllt, trotzdem aber in der Lage ist, etwa durch den Anstoß eines Denkprozesses in der Verwaltung, die Vernetzung von Akteuren und ein neues Selbstbewusstsein aktiver Bürger langfristig diesem Ziel näher zu kommen. Ein langer Atem, der sich durchaus lohnt.

Literatur

BUNDESUMWELTMINISTERIUM (BMU) (Hrsg.) 1998: Handbuch Lokale Agenda 21 - Wege zur nachhaltigen Entwicklung in den Kommunen, Bonn, Berlin

BUNDESMINISTERIUM FÜR UMWELT, NATURSCHUTZ UND REAKTORSICHERHEIT (BMU) (Hrsg.) 1999: Lokale Agenda im europäischen Vergleich, Bonn, Berlin

BURMESTER, A. 1997: Agenda 21 - Aktionsprogramm für das 21. Jahrhundert. In: Jahrbuch Naturschutz in Hessen 2: 263-240.

KUHN, S. 1998: Kommunales Mosaik - Entwicklungstrends der Lokalen Agenda 21 in Deutschland. In: KUHN, S., SUCHY, G., ZIMMERMANN, M. (Hrsg.) Lokale Agenda 21 - Deutschland: Kommunale Strategien für eine zukunftsbeständige Entwicklung, Berlin.

RHEINGANS, A. 1997: Den Spiegel nach innen kehren. In: Politische Ökologie, Heft 52/1997.

RHEINGANS, A., DE HAAN, G.; KUCKARTZ, U. 1998: Umweltkommunikation und Lokale Agenda 21: Wie sich LA 21-Initiativen organisieren. In: KUHN, S., SUCHY, G., ZIMMERMANN, M. (Hrg.) Lokale Agenda 21: Kommunale Strategien für eine zukunftsbeständige Entwicklung, Berlin.

STADT OFFENBACH AM MAIN 2000 (Hrsg): Zwischenbericht Lokale Agenda 21.

Sonstige geeignete Grundlagenliteratur:

BUND/MISEREOR (Hrsg.) 1996: Zukunftsfähiges Deutschland - Ein Beitrag zu einer globalen und nachhaltigen Entwicklung, Berlin.

BUNDESMINISTERIUM FÜR UMWELT, NATURSCHUTZ UND REAKTORSICHERHEIT (BMU) 1997: Umweltpolitik Agenda 21 - Konferenz der vereinten Nationen für Umwelt und Entwicklung im Juni 1992 in Rio de Janeiro - Dokumente -, Bonn.

HMUEJFG (Hessisches Ministerium für Umwelt, Energie, Jugend, Familie und Gesundheit) 1998: Lokale Agenda 21 - Arbeitshilfe zur Umsetzung.

NITSCHE, L. 1999: Agenda 21 und Agenda 2000 im Licht nachhaltiger Entwicklung in Hessen. In: Jahrbuch Naturschutz in Hessen 4. 228-232.

TEICHERT, V., DIEFENBACHER, H. u.a. 1998: Lokale Agenda in der Praxis, Heidelberg (sehr gute Sammlung von Projektbeschreibungen und Umsetzungsbeispielen)

Weitere Informationen können auch den Internetseiten von München, Nürnberg, Bremen, Hannover, Offenbach und vielen anderen Kommunen entnommen werden.

Anschrift der Verfasserin:
Sandra Pawliczak
Offenbacher Str. 59
63075 Offenbach

ZOBODAT - www.zobodat.at

Zoologisch-Botanische Datenbank/Zoological-Botanical Database

Digitale Literatur/Digital Literature

Zeitschrift/Journal: Jahrbuch Naturschutz in Hessen

Jahr/Year: 2000

Band/Volume: 5

Autor(en)/Author(s): Pawliczak Sandra

Artikel/Article: Lokale Agenda 21 in Offenbach am Main 286-289